Posener Zeitung.

№ 272. Dienstag den 21. November. 1848.

Inland.

Berlin, den 18. Nov. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Polizei-Präsidenten von Bardeleben zu Berlin unter Entbindung von seinem bisherigen Amt die kommissarische Verwaltung der erledigten Regierungs-Präsidentenstelle zu Arnsberg zu übertragen und dagegen den bisherigen Ober-Regierungs-Rath von Hinckeldey zum Polizei-Präsidenten von Berlin zu ernennen.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath, Graf v. Renard, ist nach Dresden abgereist.

Landleute!

Es hat sich das Gerücht verbreitet, als sei es die Absicht des Königs und der Minister, alle die Wohlthaten und Rechte aufzuheben oder zu beschränken, welche Euch, den Landleuten, seit einer Reihe von Jahren bis auf die letzte Zeit ertheilt worden sind. Diese Gerüchte, von böswilligen oder ängstlichen Personen ausgestreut, sind unwahr und wir sind ausdrücklich ermächtigt und verpflichtet, Euch Allen wiederholt zu versichern, daß es nicht in der Absicht des Königs und der Minister liegt, Eure Rechte zu schmälern. Es ist vielmehr die Absicht des Königs und der Minister, in Gemeinschaft mit Euren Vertretern in der Nationalversammlung, die sich am 27. d. Mts. in der Stadt Brandenburg einfinden wird, Euch noch solche Erleichterungen zu gewähren, wie sie nur irgend zulässig erscheinen.

Ihr habt, ohne damals zu bitten oder gar zu drohen, vom Jahre 1823 an, zu welcher Zeit man Eure Ländereien und Euch selbst von vielen Lasten befreite, bis in die neueste Zeit, wo Euch die Jagdberechtigung auf Euren Grundstücken verliehen ist, die Erfahrung gemacht und einsehen gelernt, daß Euch der König sein Wort gehalten hat und so vertraut auch jetzt dem Könige, daß Er nur Euer Bestes will. Ihr habt daher, durch Erfahrung belehrt und wenn Ihr Euren jetzigen Zustand mit dem früheren vergleicht, den besten Grund, diesen unseren Worten zu trauen und denen, die Euch aufwiegeln wollen, zu sagen: Wir wissen woran wir sind und lassen uns auf Gerüchte, deren Grund wir nicht kennen, durchaus nicht ein.

Posen, den 17. November 1848.

Königliche Regierung.

Oeffentliche Sitzung

am 22sten November Nachmittags 3 Uhr. Gegenstand der Berathung: 1) Instruktion für die Armen-Verwaltung. 1) Die Wahl eines unbesoldeten Stadt-Raths. 3) Die Wahl eines Deputirten zum Städtetage. 4) Persönliche Angelegenheiten. Posen, den 20. November 1848.

Der Stadtverordneten-Vorsteher Knorr.

---

* Posen, den 19. November. *)

Das war eine böse Woche, die wir eben zurückgelegt. Ein trüber, drückender Herbstnebel hatte sich sinnverwirrend über unseren politischen Horizont gebreitet; gährend tobte es durch alle Elemente des staatlichen Lebens. Zwischen Volk, Parlament und Regierung lief der Dämon der Zwietracht und streute die Drachenzähne des Verdachts, der Willkühr, des Uebermuths und der Rechtsverletzung. Die gegenseitige Befehdung der beiden im Staat waltenden Autoritäten drohte sich ins Maß- und Ziellose zu verlieren. Das Ministerium war bis zur letzten Consequenz seiner Gewaltstreiche vorgeschritten, bis zur persönlichen Antastung der auch in der Vertagung noch als Abgeordnete der Nation zu achtenden Volksvertreter, und diese ihrerseits hatten bereits das letzte Hülfsmittel ihres passiven Widerstandes erschöpft und die Steuerverweigerung decretirt — da, auf der Höhe der Katastrophe, wo eine weitere Steigerung des Conflikts nicht mehr denkbar, fällt beschwichtigend der Entscheid des Frankfurter Parlaments zwischen die Streitenden, und wir hoffen, der dort gefaßte Beschluß werde die Parteien zur Besinnung bringen und sie erkennen lassen, daß sie beide sich in der Hitze arg verrannt. Eine dämonische Gewalt hatte Regierung und Volksvertretung zugleich ergriffen, sie beide zum Wirbeltanz stürmischer Leidenschaftlichkeit aufgestachelt, und tiefer als je gespalten, ließ sich auch in den Provinzen das Echo der Vorgänge vernehmen, die auf der Bühne des Residenzlebens sich abspielten. Die Frankfurter Reichsversammlung deutet ausdrücklich auf das unpopuläre Ministerium Brandenburg-Manteuffel als den Kern und Träger dieser unheimlich-diabolischen Aufregung, welche das Land durchwüthet. Wir stimmen darin der Reichsversammlung vollkommen bei. Nicht verargen wollen wir es den Mißtrauischen, wenn ihnen, von solcher Hand gereicht, jede Gabe von nur etwas zweideutigem Aussehen als Gift erscheint, und so ist es denn in dem kurzen Lauf unseres parlamentarischen Lebens zum zweiten mal dahin gekommen, daß persönlicher Widerwille gegen ein mißliebiges Ministerium die Kammer dahin trieb, an den unbestreitbaren Prärogativen der Krone zu rütteln, und sich ihr gegenüber in eine conventsähnliche Position zu setzen. So ward dem Ministerium Auerswald-Hansemann ein Mißtrauensvotum gegeben unter der Maske des bekannten Schulz'schen Antrages. Die Kammer hatte es mit dem Eingriff in die Rechte der Exekutivgewalt nicht so ernst und strenge gemeint; als der nächste Zweck des Manövers erreicht, das Ministerium gefallen war, begnügte man sich mit Annahme der mildern Fassung, wie sie von Stein dem ursprünglich viel weiter gehenden Antrag gegeben worden. Dieselbe Taktik wiederholt sich heute; wir betrachten auch diesmal den auf die Spitze getriebenen Conflikt nur als krampfhafte Reaction der einen Seite wider ein in seinen Persönlichkeiten im Voraus verhaßtes Ministerium, das selbst wieder im Rückschlage aus persönlicher Gereiztheit die Grenzen des leider noch nicht festgestellten und scharf bestimmten parlamentarischen Rechtes mit übermüthiger Verwegenheit überschreitet. Ein in anderer Weise zusammengesetztes Ministerium hätte wider die an sich heilsame Maßregel der Parlamentsverlegung keinen so kompakten Widerstand hervorgerufen; die Opposition wäre jedenfalls in der Minorität geblieben, die ganze Rechte wäre mit Freuden auf den ihr so erwünschten Schritt eingegangen. Denn möge vom juristischen Gesichtspunkte aus das Recht der Krone zu einer einseitig beschlossenen Verlegung des Parlaments (um diese allein handelt es sich, da die Vertagung nur als eine zufällig damit verbundene Folge erscheint) mit noch so triftigen Gründen bestritten werden; die Juristen begehen eben darin eine petitio principii, daß sie ohne Weiteres diese Frage überhaupt als vor ihr Forum gehörig, als ein von civilrechtlicher Basis aus lösbares Problem betrachten. Das aber müssen wir ihnen bestreiten. Die Vertragstheorie als Grundlage des gesammten staatlichen Lebens, diese von der nüchternen Philosophie des vorigen Jahrhunderts ersonnene, todtgeborene Lehre eines contrat social glaubten wir durch den geistig fortgeschrittenen Denkprozeß des gegenwärtigen Zeitalters längst beseitigt. Der Staat ist nicht Werk eines calculirend abgeschlossenen Vertrages; eben so wenig können wir in den einzelnen auf den Staat bezüglichen Anordnungen das Resultat einer von selbstständigen Contrahenten unterzeichneten Uebereinkunft erblikken. Wir wissen Nichts von solchen gegen einander isolirten, innerhalb des organisch-einheitlichen Staatskörpers auf dem Vertragsfuß mit einander stehenden Mächten; die ganze Wirthschaft der sogenannten Theilung der Gewalten erscheint uns als eine pure Fiktion des abstrahirenden Verstandes, der sich zu ungelenk fühlt, die organische Verflechtung und Durchkreuzung sämmtlicher im Staat zusammenwirkenden Kräfte mit Einem warmen, lebensvollen Blick zu durchdringen. Nach unserer Auffassung giebt es im Staat nur Eine Gewalt, die Gewalt der Nation, nur eine Souverainetät, die Volkssouverainetät; der democratische Staat soll diesen Grundgedanken nach allen Seiten hin zur Geltung und Anerkennung bringen. Im democratischen Staat sind Parlament und Regierung nicht zwei einander feindlich entgegenstehende Mächte, sondern beide sind Vertreter der Volksinteressen, jedes der beiden Organe soll durch die von seinem eigenen Standpunkt aus erlangte Ansicht die Anschauungsweise des andern berichtigen und zu diesen Darstellungen des von Oben und Unten her gewonnenen Prospects liefert schließlich noch die beobachtend gegenüberstehende Presse die ergänzende Seitenansicht. Presse, Parlament und Regierung sind die drei das Volk vertretenden, mit der Lenkung des Staatsruders beschäftigten Gewalten. Aber von einem Gleichgewicht derselben kann nicht die Rede sein; Gleichgewicht bedingt Stillstand, gegenseitige Hemmung, Stocken des ganzen Getriebes. Im Gegentheil, es muß eine von diesen Gewalten, sobald die Gefahr des Gleichgewichts eingetreten ist, den Impuls eines lebendig anregenden Uebergewichts zu ertheilen die Kraft besitzen; Eine unter ihnen muß in der Art dominiren, daß sie allein bei eintretendem Zwiespalt zwischen den Organen der Volkssouverainetät in vorläufig gültiger Weise eine Entscheidung zu treffen befugt ist, bis durch die Appellation an das Volk ein deutlich sprechender Ausdruck des wirklichen Volkswillens erzielt worden. Daß die Presse diese decisive Stellung nicht einnehmen kann, liegt in der Natur der Sache begründet; nur zwischen Regierung und Parlament schwankt die Wahl, wem in zweifelhaften Fällen das Recht zustehe, in vorläufig entscheidender Weise den souverainen Volkswillen zu interpretiren. Hierin liegt die einzige Differenz zwischen der demokratischen Republik und der demokratischen Monarchie. In der Republik behält allezeit das Parlament Recht gegenüber dem Präsidenten, bis das Volk selber in der nächsten Session durch die Zusammensetzung des neuen Kongresses seine abweichende Ansicht direkt und indirekt ausspricht; in der demokratischen Monarchie, (für deren Verfassung wir z. B. Norwegen als Vorbild betrachten,) behält bei Konflikten zwischen Krone und Parlament jene so lange Recht, bis das Volk durch die Wahlen zur nächsten Vertretung klar und entschieden seine Willensmeinung kund gegeben. Unser Staat ist aus der Märzrevolntion als eine im demokratischen Geiste wiedergeborne Monarchie hervorgegangen. Der Krone verbleibt daher die konstitutionelle Prarogative, ihre im Widerstreite mit dem Parlament abgegebene Entscheidung vorläufig als allein authentische Interpretation der souverainen Volksmeinung betrachten zu dürfen. Und in Bezug auf die Verlegung glauben wir, daß in der That die Regierung den Willen der Volksmajorität richtig gedeutet hat; bei einer genaueren Statistik der nach Berlin gerichteten Adressenschwärme dürften sich wohl mindestens eben so viele und eben so gewichtige Stimmen für als gegen die Maßregel ergeben. Die weiteren Schritte jedoch, das thäliche Einschreiten gegen die unverletzliche Person der Abgeordneten, das leichtsinnige Spiel mit dem Schrecken des Belagerungszustandes, die Verletzung der Habeas corpus-Akte, die Beschränkung der Peeßfreiheit, Auflösung der Bürgerwehr, bilden eine Kette schwerer Versündigungen gegen die Volksfreiheit und das Ministerium Brandenburg-Manteuffel wird, wir sind dessen gewiß, beim Wiederzusammentritt des Parlaments der drückenden Last so schwerer Anklage erliegen.

*) Der in dem gestrigen Stücke der „Ergänzungsblätter" mitgetheilte Bericht über eine Sitzung des Vereins für König und Vaterland nöthigt uns zu der Erklärung, daß wir, von jeher an eine selbstständige Haltung unseres Urtheils gewöhnt, uns nicht veranlaßt sehen können, von dem übeln Eindruck, den in voriger Woche die Leitartikel dieser Zeitung bei einigen Mitgliedern des Vereins für König und Vaterland hervorgerufen haben mochten, irgendwie Notiz zu nehmen. Wir werden fortfahren die Tagesfragen in der Weise zu behandeln, wie unsere eigene, freie Ueberzeugung es uns vorschreibt und wenn der heutige Artikel in einigen Stellen mit der vom Chorführer jenes Vereins ausgesprochenen Ansicht eine mehr als gewöhnliche Uebereinstimmung zeigt, so wollen wir im Voraus den Verdacht einer etwanigen Influenzirung entschieden zurückweisen. Dem Zufalle ist es beizumessen, der in einer einzelnen Frage wohl auch einmal Personen von sonst diametral entgegengesetzten Principien auf einen Punkt zusammenführt.

Die Redaction.

---

* Posen, den 20. November. Einem uns vorliegenden vom 16. d. M. datirten Privatschreiben des Abgeordneten für den Teltower Kreis, Herrn Kriminaldirektor Harassowitz, entnehmen wir folgende Notiz: „Mein Freund Neumann, (der Abgeordnete für Posen) der in den schweren Tagen vom 8. bis zum 11. November seinen Platz in der Nationalversammlung nicht verlassen, hat sich an dem letztern Tage in dem ungeheizten Saale des Hotel de Russie erkältet, und ist seitdem sehr krank."

* **Posen**, den 20. Nov. In der vergangenen Nacht gab es hier Feuerlärm. In dem Keller eines Hauses auf der Judenstraße, das nach seiner engen und finstern Bauart an die unheimlichen Höhlen in den Sueschen Schilderungen erinnert, waren Leute beschäftigt gewesen, aus Theer, Harz, Cement und dergleichen brennbaren Stoffen Hartpech zu bereiten. Der Kessel schlug um, den Leuten fehlte es an Geistesgegenwart und so entzündete denn die brennende Lava gar bald die großen dort aufgespeicherten Vorräthe. 120 Fässer Theer sollen bereits in der Nacht theils verbrannt, theils anderweitig unbrauchbar geworden sein, und noch jetzt sollen in einem neben jenem ersten befindlichen Kellerraum 60 andere Fässer Theer brennen. Man wagt es nämlich nicht, die Flamme durch Erde und Mist zu ersticken, aus Besorgniß, das nicht zu starke Gewölbe möchte durch die Dämpfe gesprengt werden. Uebrigens sind alle Vorkehrungen gegen weitere Gefahr getroffen. In der Nacht war dieselbe groß genug, da in unmittelbarer Nachbarschaft jenes Kellers sich bedeutende Spirituslager befinden.

CC **Berlin**, den 16. Nov. Die steigende Exaltation bei den einzelnen Persönlichkeiten der zurückgebliebenen Nationalversammlung, von welcher wir schon seit mehreren Tagen das Aergste befürchteten, hat dieselbe gestern leider zu einem Schritte getrieben, der für das Land von unberechenbaren Folgen sein, und jedenfalls die Ordnung und Feststellung unserer, nun schon seit 8 Monaten so tief erschütterten, Zustände noch ferner, und auf unbestimmte Zeit hinaus schieben wird. Die Abgeordneten haben gestern im Mielentz'schen Lokale die Steuerverweigerung beschlossen, und damit das Letzte der ihnen zu Gebote stehenden constitutionellen Mittel gegen das Ministerium Brandenburg angewandt! Unmöglich können wir die ungestüme Hast billigen, mit der man, ohne Noth, in wenig Tagen die ganze konstitutionelle Rüstkammer erschöpft hat, und jetzt nur noch an die Waffengewalt und offene Widersetzlichkeit appelliren könnte, wenn man überhaupt noch weiter gehen will. Die zurückgebliebenen Abgeordneten haben gestern (wir dürfen nicht sagen kalten Blutes und mit ruhiger Ueberlegung) das letzte Stadium der Fäulniß am Staatsorganismus decretirt, und damit eine Verantwortlichkeit auf ihr Haupt geladen, vor welcher sie sicherlich in weniger gereizter Stimmung mit Schaudern zurückgebebt wären. Mit dem gestrigen Beschlusse haben sie die ohnehin gelockerten Bande vollends gelöst, und das Land in eine Verwirrung gestürzt, von der fürs Erste gar kein Ende abzusehen ist; sie haben sich nicht einmal Zeit genommen, die so nahe liegende, durch die Umstände, wie durch wahre Vaterlandsliebe gebotene Appellation an die Centralgewalt zu versuchen; sie haben den Richter übergangen, welcher allein befugt war, in dem traurigen Conflikte ein gültiges Urtheil zu sprechen, und dessen Competenz sie selbst in andern Fällen mehr als einmal feierlichst anerkannten; sie haben die einzig mögliche Lösung auf friedlichem Wege verschmäht; sie haben gesucht, sich selbst Recht zu verschaffen, indem sie an die Leidenschaft, und zuletzt gar an den Eigennutz appellirten, dessen Gewicht — wir können es nicht läugnen — jetzt schwer in die Wagschaale fallen kann! Gebe Gott, daß das Volk mehr Besonnenheit zeigen möge, als sie, die ihm mit gutem Beispiele hätten voran gehen sollen; gebe Gott, daß das Land weniger leichtsinnig, als seine Vertrauensmänner, nicht in seinem eigenen Fleisch und Blut wühle, nicht den ganzen Staatskörper vernichte, eines einzigen unpopulairen Ministeriums wegen, welches am Ende doch nur, als ein vorübergehender Auswuchs am Staatsorganismus, schon nach wenigen Tagen von selbst abfallen mußte, wenn man nur mit der gerinsten Besonnenheit zu Werke ging!

Hamm, den 13. November. Die Mehrzahl der Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten, so wie fast sämmtliche Mitglieder des constitutionellen Vereines haben sich in einer Adresse an das Staats-Ministerium für die Gesetzmäßigkeit und Nothwendigkeit des von ihm gethanen Schrittes ausgesprochen. — Von anderer Seite wird eine Adresse im entgegengesetzten Sinne beschlossen werden.

Frankfurt a. M., den 14. Nov. (O.-P.-A.-Z.) 114te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. (Tagesordnung: Berathung über Art. V. und VI. des Verfassungs-Entwurfs.) Der Präsident H. v. Gagern eröffnet die Sitzung um $9\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags und bringt den Austritt des Abg. v. Bardeleben aus der Nationalversammlung zur Kenntniß des Hauses. Zu einer Mittheilung an die Nationalversammlung erhält das Wort Reichs-Minister von Schmerling: Die neuesten Vorgänge in Berlin sind begreiflicherweise geeignet, die Aufmerksamkeit des Hauses und der Centralgewalt in hohem Grade in Anspruch zu nehmen. Kein Deutscher wird verkennen, von welcher Wichtigkeit für das Vaterland Alles ist, was Preußen betrifft. Das Reichs-Ministerium hat solches erkannt und schon früher Gelegenheit genommen, mit dem Preußischen Staate in ein Einvernehmen zu treten, welches für Deutschland von Erfolg sein mußte. Diese Rücksicht hat denn auch das Reichs-Ministerium bewogen, das Verhältniß der Centralgewalt zur Preußischen Regierung nunmehr klar zu stellen, und es hat, um durch persönliche Erörterungen noch Gedeihlicheres zu erzielen, den Unter-Staats-Sekretair Herrn Bassermann an die Preußische Regierung nach Berlin abgeschickt. Die Maßnahmen, welche die Preußische Regierung in jüngster Zeit ergriffen, sind von dem Reichs-Ministerium weder angerathen worden, noch war es entschlossen, dieselben zu unterstützen. Ich würde diesen Punkt übergangen haben, wenn nicht in öffentlichen Blättern die Nachricht von einer solchen Uebereinstimmung verbreitet gewesen wäre. Vergleicht man die Zeit der Abreise des Herrn Bassermann mit der Zeit der neuesten Vorgänge in Berlin, so wird schon daraus klar werden, daß dieser Ereignisse wegen die gedachte Mission nicht beschlossen worden ist. Erst wenige Tage nachher sind dem Reichs-Ministerium, jedoch nicht offiziell, sondern durch die Presse Mittheilungen zugekommen über das, was von Seiten des Ministeriums in Berlin geschehen und von der dortigen National-Versammlung beschlossen worden ist. Wenn auch erst gestern Abend eine Depesche des Unter-Staats-Secretairs Herrn Bassermann vom 10. Nov. als offizielle Mittheilung bei dem Reichs-Ministerium eingetroffen ist, so hat dasselbe diese offizielle Nachricht dennoch nicht abwarten zu müssen geglaubt, sondern schon im Laufe des gestrigen Tages die für nothwendig erachteten Beschlüsse gefaßt. Diese Beschlüsse, welche noch um 10 Uhr gestern Abend als neue Instruction an Herrn Bassermann abgegangen sind, betreffen die Rücksicht, daß sowohl die Rechte der Preuß. Krone als die Rechte der Vertreter des Preußischen Volks von Seiten der Centralgewalt auf das entschiedenste in Schutz genommen werden. Das Reichsministerium glaubt, daß eine unverzügliche Vorlage der betreffenden Papiere nicht angemessen sei, und wünscht, daß die Mittheilung dieser Depeschen für den Augenblick von der Versammlung nicht gefordert werde. Bei der Wichtigkeit der Sache werden zweifelsohne mehrere Anträge eingebracht werden, die an einen Ausschuß zu verweisen sein dürften. Dieser Kommission wird das Reichsministerium sämmtliche Aktenstücke vorlegen, um dieselben in beliebiger Weise in größerer oder geringerer Ausdehnung dem Hause mitzutheilen.

Frankfurt, den 14. Nov. (Frankf. Journ.) In der heutigen 115ten Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung wurde ein an den Abgeordneten Bauernschmidt gerichtetes Privatschreiben verlesen, nach welchem Robert Blum am 9. d. M., Morgens $7\frac{1}{2}$ Uhr, in der Brigittenau standrechtlich erschossen worden wäre. Auf eine Interpellation des Abg. Simon von Trier erklärte der Reichs-Justizminister Mohl, daß er keine offizielle Kenntniß von einem solchen Ereigniß habe. Der mit der Begutachtung der Preußischen Frage beauftragte Ausschuß erstattete durch den Abgeordneten Zachariä seinen Bericht. Reichsminister Mohl zeigt an, daß heute noch 2 Mitglieder der National-Versammlung nach Wien abgehen werden, um ihre dort befindlichen Kollegen in Schutz zu nehmen. Ein Brief an Wiesner meldet ebenfalls die Hinrichtung Blum's als ein allgemein verbreitetes Gerücht. Ueber die Preußische Frage sind 60 Redner eingeschrieben, und zwar 21 für den Antrag der Ausschuß-Mehrheit und 39 gegen denselben. Bis jetzt ($1\frac{1}{2}$ Uhr) sprachen H. Simon von Breslau, Welcker, v. Vincke, Müller von Würzburg, von Wydenbrugk, von Beckerath und Biedermannn.

Frankfurt a. M., den 15. Nov. (O.-P.-A.-Z.) 115te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. (Tagesordnung: Berathung über den von dem Ausschuß für die Sächsische Frage erstatteten Bericht über die Preußische Angelegenheit.) Eröffnung der Sitzung um $9\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags. Vorsitzender: H. v. Gagern. Zachariä verliest den Bericht des Ausschusses zur Begutachtung der Preußischen Angelegenheit und die damit verbundenen Majoritäts- und Minoritäts-Anträge. Neue Anträge werden verlesen. Watzdorf, Mareck und Genossen beantragen, die National-Versammlung wolle der Preußischen Landes-Versammlung für ihre patriotischen Bestrebungen zur Aufrechthaltung und Wiederherstellung des von der Preußischen Regierung gefährdeten Rechtszustandes ihre Anerkennung ausdrücken. Bei Verlesung eines Antrages von Vincke's und Genossen auf motivirte Tagesordnung erhebt sich große Unruhe auf der Linken, die den Vorsitzenden zu der Mahnung veranlaßt: Ich muß bitten, Jedem freie Aeußerung seiner Meinung zu lassen. Zu den Anträgen des Abgeordneten Simon aus Breslau fügen Wesendonck und Genossen hinzu: Die provisorische Centralgewalt ist aufzufordern, an die Preußische Regierung die Weisung zu richten, auch alle übrigen zum Zwecke der Vertagung und Verlegung der Berliner National-Versammlung vorgenommenen Maßregeln und insbesondere die unterm 11ten verfügte Aufhebung der Bürgerwehr zurückzuziehen. Ein längerer Antrag v. Linde's verlangt die motivirte Tagesordnung. Zur Theilnahme an der Debatte haben sich 21 Redner für und 36 gegen die Majoritäts-Anträge des Ausschusses einschreiben lassen. Vor Eröffnung der Debatte ergreift der Reichs-Justizminister R. Mohl, nachdem die Versammlung für die Unterbrechung der Tagesordnung sich erklärt, das Wort: Nachdem ich mich mit meinen Herren Kollegen besprochen, bin ich in der Lage, die Frage zu beantworten, was das Reichs-Ministerium vorerst hinsichtlich der neuesten Kunde aus Wien thun werde. Wir werden unverzüglich zwei Männer aus unserer Mitte nach Wien absenden, um die daselbst, so wie in ganz Oesterreich befindlichen Deutschen Reichstags-Abgeordneten in Schutz zu nehmen und um dasjenige vornehmen zu lassen, was nöthig ist, damit dem Gesetze seine volle Geltung werde (Bravo!) Der Vorsitzende verliest ein Schreiben aus Wien an den Abgeordneten Wiesner, worin die Exekution Blum's als wirklich geschehen gemeldet wird. Der Schreiber hatte die Nachricht durch einen Offizier erzählen hören, welcher, von der Exekution zurückkehrend, dieselbe in allen Einzelnheiten und das Benehmen Blum's in seinen letzten Lebens-Momenten als höchst männlich und entschieden schilderte.

Die Berathung über den Gegenstand der heutigen Tagesordnung wird eröffnet. H. Simon aus Breslau: Es ist schwer, unter so erschütternden Eindrücken das Wort zu ergreifen. Ich rufe Ihnen zu: In Oesterreich ist es zu spät; in Preußen noch Zeit! Soll denn die Lehre der Geschichte spurlos an uns vorübergehen? Der Redner erinnert an das Schicksal Karls X. von Frankreich. Nicht die Personen seien gehässig gewesen, sondern die durch dieselben vertretenen Systeme. Dasselbe sei in Berlin der Fall. Nur durch energisches Handeln könne die Reichsversammlung eine zweite Revolution in Preußen hindern. Zu einer Schilderung des gegenwärtigen Zustandes in Berlin übergehend, knüpft der Redner hieran eine Charakterisirung des Ministeriums Brandenburg, als dessen Seele er den Minister v. Manteuffel bezeichnet. Was in Berlin geschehen, seien gemachte Maßregeln nach dem Vorspiele Wiens. (Unruhe.) Unwahr sei es, daß die Preußische Landesversammlung durch eine drohende Haltung des Volks sich habe einschüchtern lassen; ihre Handlungsweise gebe Zeugniß von dem Gegentheile. Auch könne der

König von Preußen unmöglich in seinem Rechte sein, wenn er über seine eigene Existenz würfle. Die Vertagung der Versammlung sei ein Staatsstreich, was auch der Ausschuß sage. Die Landesversammlung sei durch ein Gesetz nach Berlin berufen worden, nur ein Gesetz könne sie auflösen. Auf was stützt sich der Thron noch, wenn das Volk gegen ihn ist? Auf Nichts. (Bravo!) Ich sehe eine Reaktion, die nothwendig zu weiteren Revolutionen führen muß; auf der anderen Seite steht die Anarchie. Ich fordere Eines: Muth! Wir sind hierher gesendet, um die Geschicke von ganz Deutschland in die Hände zu nehmen. Haben wir hierzu den Muth nicht, so gestehen wir wenigstens: daß in uns der Schwerpunkt Deutschlands nicht liegt. Noch ruht die Macht in unseren Händen. Unser Wille ist verzaubert; erlösen Sie sich. Mit Sehnsucht sieht man in Berlin auf unsere Hülfe. Geschieht dies in dieser Zeit nicht, schreibt mir ein Freund aus Berlin, so hat sich Deutschland vergriffen und seine schlechtesten Söhne nach Frankfurt gesendet! (Wiederholter, lebhafter Beifall.) Welcker: Als Freund der Freiheit stimme ich für den Ausschußantrag und freue mich darüber, daß derselbe mit Entschiedenheit der Reaktion und der Anarchie entgegentritt. Ja, die Freiheit ist in Gefahr, und die von uns zu treffenden Maßregeln fallen in eine gefährliche Zeit, denn sie berühren einen Punkt, wo die Hauptgefahr Deutschlands sich zeigt. Allein es giebt keine größere Gefahr für die Freiheit, als die Anarchie, die sich über das Gesetz stellt. Alles Unglück rührt daher, weil Männer bisher die Hände in den Taschen hatten und weil deswegen die Buben regieren. Ich unterstütze den Majoritätsantrag, weil er das Recht schützt. In ihren Anordnungen war die Preußische Krone in ihrem Rechte; ich sage dies nicht etwa, um das Berliner Kabinet zu vertheidigen, sondern nach meinem Urtheile als Jurist. Es ist klar, daß der Krone das Recht der Minister-Ernennung zusteht; denn sie kann nicht in den Ständesaal schicken, um sich ein Kabinet zu erbitten. Nach dem Wesen der konstitutionellen Grundsätze trage ich auch kein Bedenken, die Frage zu bejahen, ob der Krone das Recht zustehe, die Versammlung zu vertagen oder zu verlegen. Dennoch stimme ich mit dem Ausschuß, weil der Name, den das neue Berliner Ministerium an der Spitze trägt, im Preußischen Staate Mißmuth erregt und den Frieden gefährdet. Da halte ich es für einen dem Könige erwiesenen Dienst, wenn man ihm zur Rücknahme seines Beschlusses die Hand bietet, aus Gründen, die die Autorität dieser Versammlung ihm einflößen wird. v. Vincke: Ein schmerzliches Gefühl hat es in mir erregt, daß der Redner, den wir als eine Personifikation des Rechts betrachten, in vorliegender Frage zum Theil das Recht verschmäht. Ich kenne nur einen Standpunkt, den des Rechts. Das Recht der Versammlung in Berlin liegt allein im Wahlgesetze, wonach sie berufen ist, nicht die Staatsverhältnisse, sondern die Vereinbarung mit der Krone herzustellen. Daß die Versammlung nur in Berlin ihre Sitzungen halte, davon steht in diesem Gesetze nichts. Es handelt sich also hier von einem Rechte der Krone, und wenn dieser letzteren ein Vorwurf gemacht werden kann, so ist es der, daß sie nicht frühzeitig genug gegen Mißbräuche, wie Gesetzesvorlagen, Minister-Interpellationen u. s. w., aufgetreten ist. Wie kann man auch eine Versammlung über ihre Verlegung befragen, wenn man voraussetzt, daß sie nicht frei in ihrer Selbstbestimmung ist, und wie ist zu denken, daß die Meinung der Nationalversammlung immer die des Volkes ist? (Links: Ja, ja!) Wenn Sie (zur Linken) den Grundsatz der Appellation an das Volk nicht zugestehen wollen, so ist es unbegreiflich, warum gerade von der linken Seite dieses Hauses der Antrag gestellt worden auf Auflösung dieser Versammlung und auf Einberufung einer anderen Majorität. (Heiterkeit). Haben wir eine Centralgewalt geschaffen, so müssen wir ihr zum Handeln Zeit lassen und nicht selbst Exekutiv-Maßregeln ergreifen. Bis jetzt aber hat unser Ministerium gezögert und möchte, um seine Schritte besser bemänteln zu können, die Sache einem Ausschusse zuweisen. (Heiterkeit). Die Linien, die ein Ministerium geben soll, dürfen ihm nicht vorgezeichnet werden. Wie kann man im Augenblicke, wo ein Reichskommissair nach Berlin abgeschickt ist, auf Maßregeln antragen, welche die Krone beschränken sollen. Seien Sie konsequent und behandeln Sie Preußen wie Oesterreich. Was man auch gegen Manteuffel sprechen mag: er ist ein Ehrenmann, und hat er seinen Namen unter eine konstitutionelle Proklamation gesetzt, so wird er sein Wort halten. Entweder Sie werden die Krone demüthigen und dadurch Bürgerkrieg und Anarchie hervorrufen, oder Sie führen eine große Kollision in Deutschland herbei; darum geht mein Antrag auf motivirte Tagesordnung. Lassen Sie Recht sein, was Recht gewesen ist. Der Muth besteht darin, seine Ueberzeugung zu behaupten auf Kosten der Popularität und selbst auf Kosten des Lebens. Deutschland erwartet, daß Jedermann seine Schuldigkeit thue. (Beifall). H. Simon von Breslau verlangt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Die Versammlung entscheidet sich dagegen. Müller aus Würzburg spricht im Sinne des Majoritätsantrages des Ausschusses. von Wydenbrugk beharrt mit Genossen auf seinem Antrage: „Die Nationalversammlung erklärt die von der Preußischen Staats-Regierung einseitig angeordnete Vertagung der zur Vereinbarung der Verfassung nach Berlin berufenen Versammlung und deren Verlegung nach Brandenburg, so lange solches nicht im Einverständniß mit derselben geschieht, für unverträglich mit dem Wesen und den Rechten einer solchen Versammlung; sie fordert zugleich aber auch die provisorische Centralgewalt auf, für die Sicherheit der Versammlung und die volle Freiheit ihrer Berathung ungesäumt zu wirken." Das alte Recht sei durch die März-Revolution verworfen worden, auf einem neuen Rechtsboden stehe die Preußische Nationalversammlung der Krone gegenüber, nämlich auf dem Boden der Gleichberechtigung. Erkenne man dies nicht an, dann sei das Volk weiter nichts als eine Dienstmagd im Solde der Preußischen Krone. von Beckerath: Wenn die Ordnung in einem Lande gefährdet und der Friede gebrochen ist, so ist dies ein nachtheiliges Ereigniß, dessen Wirkung auf das gesammte Land sich verbreitet. Wenn aber zwei Gewalten, die mit einander zu wirken berufen sind, in Zwiespalt gerathen, dann stockt das Leben und bange Spannung ergreift die Nation. Eine solche größere Gefahr ist in Preußen eingetreten. Zwei Potenzen, von deren Zusammenwirkung das allgemeine Wohl abhängt, sind in einen Gegensatz gerathen, der alle Gemüther in Gährung versetzt, und welcher Deutschland in Trümmer stürzen kann, wenn nicht schnelle Abhülfe geschieht. In solchen Fällen muß unsere Versammlung die Kraft ihrer Gesammtheit zusammenfassen. Diese Gesammtheit ist kein Komplex von Staaten mehr; sie hat in dieser Versammlung ihren Ausdruck und in der Centralgewalt ein zum Handeln berufenes Organ gefunden. Die Centralgewalt wird ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie von der Zustimmung dieser Versammlung getragen wird. Hier handelt es sich um keine juristische Erörterung, sondern wir müssen handeln, um Deutschland vor dem Untergange zu bewahren. Durch eine Stellung über den streitenden Parteien wird der Gesammtwille der Nation den Konflikt zu lösen suchen; es wird dies geschehen durch Herstellung eines politisch-konstitutionellen Zustandes. Hiermit ist es allerdings nicht verträglich, daß die Krone mit Räthen sich umgebe, die das Vertrauen des Volkes nicht besitzen. Aber glauben Sie, daß dadurch die Freiheit begründet werde, daß Sie mit Erschütterung der Monarchie für die Berliner Versammlung Partei nehmen? (Links: Ja, Ja.) Ich bin ein Anhänger der Monarchie, weil ich in ihr für Deutschland die alleinige Bürgschaft der Freiheit erkenne. Eine Verfassung muß aus den Elementen des Volkslebens erbaut sein. Von Deutschland nun, und besonders von Preußen, muß behauptet werden, daß sein Entwickelungsgang seit Jahrhunderten das Volk in enge Verbindung mit der Monarchie gebracht hat. Sie würden einen Vernichtungskrieg gegen ganz Deutschland führen müssen, um diesen Besitz des Volkes zu zerstören. Das sind keine Definitionen, sondern Resultate. Der Ausschuß-Antrag entspricht der Stellung des Reichsministeriums. Die Grund-Elemente eines Staates können dadurch nicht gewinnen, daß man das eine Element über das andere stellt. Geben wir dem Volke einen Rechtszustand, in welchem Volksfreiheit und Königthum gegenseitig sich durchdringen. Das ist es, was das Volk, was die Majorität dieser Versammlung will, und sie wird es am heutigen Tage beweisen. Ob Deutschland seine schlechtesten Söhne hierher berufen, darüber wird die Geschichte richten. (Lebhafter Beifall.) Der Vorsitzende verliest einen Antrag des Abgeordneten von Lassaulx auf einfache Tagesordnung. Noch sprechen Biedermann und Löwe aus Kalbe. Der Schluß der Verhandlung wird angenommen. Simon von Breslau, von Vincke, Giskra, Schneer, Ziegert, Watzdorf verlangen namentliche Abstimmung über einzelne, Levysohn über sämmtliche Anträge. Ueber die Frage, ob dem Abgeordneten Zachariä oder nach einer späteren Uebereinkunft der Ausschußmitglieder dem Abgeordneten Jordan (aus Berlin) als Berichterstatter das Wort gegeben werden soll, erhebt sich eine stürmische Debatte. Die Minorität des Ausschusses und die linke Seite des Hauses wollen Jordan das Wort nicht zugestehen. Die widersprechenden Aussagen der Ausschußmitglieder führen zu keiner Entscheidung. Jordan (aus Berlin) besteigt die Tribüne: Ich statte den Herren von jener Seite meinen Dank ab. (Stürmische Unterbrechung links.) Der Redner wiederholt seine Worte. (Neuer Lärm.) Präsident: Beschwichtigen Sie diese Unruhe, wir kommen sonst nicht zum Ziele. Jordan: In der Ueberzeugung, daß dieser Vorgang die beste Empfehlung für den Ausschuß-Antrag ist, verzichte ich gänzlich auf das Wort. (Bravo! rechts und im Centrum.) Es wird zur Abstimmung geschritten: von Lassaulx's Antrag auf einfache Tagesordnung findet keine Unterstützung. Der Antrag von Vincke's und Genossen: „in Erwägung, daß die Preußische Regierung bei ihren Anordnungen formell und materiell in ihrem Rechte gehandelt hat; in Erwägung, daß ein Urtheil über die Zweckmäßigkeit dieser Anordnungen von hier aus zur Zeit nicht erfolgen kann; in Erwägung, daß das, was im Interesse Deutschlands zu geschehen ist, von dem Reichs-Ministerium bereits angeordnet worden: geht die Versammlung zur motivirten Tagesordnung über", wird mit 390 gegen 45 Stimmen abgelehnt. Eben so wird der Antrag H. Simon's von Breslau und Genossen verworfen; er lautet: „die National-Versammlung wolle beschließen, die Centralgewalt aufzufordern, an die Preußische Regierung die sofortige Erklärung zu richten, daß dieselbe außer ihrem Rechte stehe, wenn sie dem Lande ein Ministerium gegen den wiederholt ausgesprochenen Willen der Volksvertretung aufdringen wolle" (mit 287 gegen 150 Stimmen); „die National-Versammlung wolle beschließen, die Centralgewalt aufzufordern, an gedachte Regierung die fernere Erklärung zu richten, daß dieselbe außer ihrem Rechte stehe, wenn sie ohne Uebereinstimmung mit der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Preußischen National-Versammlung letztere vertagen und ihren Sitz verlegen wolle"; „die National-Versammlung wolle beschließen, die Centralgewalt aufzufordern, an gedachte Regierung die sofortige Weisung zu richten, vorstehend aufgeführte, die Volksfreiheit, das Recht und die Ruhe Deutschlands bedrohende Maßregel zurückzunehmen" (mit 272 gegen 171 Stimmen). Der Antrag des Abgeordneten von Watzdorf und Genossen: Die Reichs-Versammlung wolle der Berliner National-Versammlung ihre Anerkennung ausdrücken (s. oben), wird abgelehnt; in gleicher Weise mit 241 gegen 198 Stimmen der Antrag der Majorität des Ausschusses: „Die National-Versammlung wolle erklären, daß sie es für nöthig erachte, die Königlich Preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Vertagung und Verlegung der Preußischen Nationalversammlung, als mit dem Wesen und dem Rechte einer Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung unverträglich, aufhebe; daß erforderlichen Falles Maßregeln getroffen werden, welche ausreichend erscheinen, die Würde und freie Berathung der Versammlung in Berlin sicher zu stellen; daß die

Krone Preußens sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgnisse vor reaktionairen Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist. von Wydenbrugk, Wesendonck und Simon von Trier ziehen ihre Anträge zurück, worauf der Majoritätsantrag des Ausschusses mit 239 gegen 189 Stimmen (wie bereits gestern gemeldet) zum Beschlusse erhoben wird. Nachdem Simon von Trier einen auf das traurige Schicksal R. Blum's bezüglichen Antrag gestellt und der Reichs-Justiz-Minister R. Mohl über die Absendung zweier Abgeordneten nach Wien wiederholte Auskunft gegeben hat, wird die Sitzung um 5 Uhr Abends geschlossen.

Würzburg, den 9. Nov. (N. W. Z.) Gestern ist der neue Bischof von Fulda dahier angekommen, somit sind nun alle deutschen Bischöfe, mit Ausnahme der meisten österreichischen, versammelt; indeß nehmen doch gerade drei österreichische Erzbischöfe daran Theil, und zwar der von Salzburg persönlich, der von Olmütz durch einen Stellvertreter und der von Prag sandte ein sehr schönes Schreiben. Brixen ist gleichfalls durch einen Abgeordneten vertreten und Linz wollte einen solchen schicken. Wenn wir recht berichtet sind, hat der Erzbischof von Wien seinen Suffraganen die Zusammenkunft der deutschen Bischöfe gar nicht oder wenigstens nicht rechtzeitig bekannt gemacht. — Die Sitzungen werden seit gestern im Franziskanerkloster gehalten; zu Anfang der nächsten Woche werden die Verhandlungen ihr Ende erreichen.

Wien, den 16. Nbr. Der Gemeindrath hat dem Gouverneur Welden seine Aufwartung gemacht. „Sie haben, meine Herren," sagte ihnen derselbe, „nicht das gethan, was Ihnen oblag; sorgen Sie dafür, daß Ruhe und Ordnung sich herstellen, denn meine Kanonen verstehen keinen Unterschied zwischen den guten und den bösen Bürgern der Stadt zu machen." — Man versichert, daß General Bem zu Pesth, wohin er sich begeben, meuchlings erstochen worden sei, er war nicht auf der Stelle todt geblieben, lag aber hoffnungslos darnieder.

— Heute Morgens halb 10 Uhr wurde der Nationalgarde-Oberkommandant Wenzel Messenhauser in Folge kriegsrechtlichen Urtheils im Stadtgraben nächst dem Neuen-Thor erschossen. Er zeigte eine ungemeine Standhaftigkeit und kommandirte stehend, ohne die Augen verbunden zu haben, selbst: „Feuer." Er soll dabei geäußert haben: „ich habe in meinem Leben kommandirt, will daher auch meinen Tod kommandiren." Vorgestern Abend fanden drei standrechtliche Hinrichtungen durch Pulver und Blei statt. Es wurde ein Schulmeister von Hernals, Gardelieutenant, Namens Joh. Horvath, und zweigemeine Soldaten, Joseph Dangel und Anton Neklinsky, wegen Theilnahme an einem bewaffneten Ausfalle erschossen.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 15. Novbr. National-Versammlung. Sitzung vom 15. Nov. Die Versammlung schreitet zur Berathung des Gesetzentwurfs rücksichtlich der Arbeiter-Associations-Verträge. Tourret, Minister: „Sie haben 3 Mill. Frs. votirt, um diese Verträge zu ermuthigen. 440 Arbeiter-Associationen haben sich gemeldet, um an diesem Capital Theil zu nehmen. 36 sind zugelassen worden, 144 wurden verworfen. Alle diese Anträge wurden von einer Commission sorgfältig geprüft. 574,000 Frs. fallen hiernach auf Paris, 800,000 Frs. auf die Departements. Also im Ganzen wurden etwa 1 Mill. 374,000 Frs. vertheilt. Die übrigen sind noch zu berücksichtigen und warten auf Bescheid. Daher die Dringlichkeit der Sache. Drucker, Uhrmacher, Schmiede, Tischler, Färber rc. sind es besonders, die sich assoziirten. Sind auch diese Associationen noch unvollständig, so sind sie doch ein Uebergang. Vorläufig handelt es sich vor Allem um Sportelfreiheit für ihre Verträge." Der erste Artikel wird angenommen. Der Art. 2. des Gesetzentwurfs über die Arbeiter-Associationen lautet: „Die Darlehne, die der Staat den Arbeiter-Associationen macht, sind mit 3pCt. zu verzinsen. Eben so sind die Darlehne des Staates selbst zurückzuzahlen, je nachdem die Associationen gedeihen. Die Zinszahlungen sowohl, als die Kapitalsrückzahlungen werden in die Staatskasse geleistet und daraus ein Fond gebildet, aus welchem künftig nach gegenwärtigem Gesetze und im Sinne des Gesetzes vom 5. Juli c. wieder nur Associationen unterstützt werden sollen, sei es zwischen Arbeitern und Arbeitern oder Arbeitern und Meistern rc." — Dupin, der ältere, fürchtet, daß diese Steuerung zum Socialismus und Communismus führe und bekämpft sie. — Alcan und Tourret unterstützen sie jedoch und der Entwurf geht durch. Das ganze Gesetz wäre somit erledigt. Die Versammlung kehrt zum Unterrichts-Budget zurück und genehmigt die davon noch übriggebliebenen Posten. Die Sitzung wird um $6\frac{1}{4}$ Uhr geschlossen.

— Die Nachrichten aus Berlin werden verschlungen. Aber unsere innern Angelegenheiten beschäftigen uns so, daß wir keine Zeit zu langen Commentaren haben. Fast alle Zeitungen zollen der Preußischen Nationalversammlung Beifall.

— Eine Post aus Neapel vom 2. Nov. meldet, daß der Admiral Baudin mit zwei Kriegsfregatten nach Tunis gesegelt ist, um den Bey, welcher Miene macht, die Französische Republik nicht anzuerkennen, zur Rechenschaft zu ziehen.

Rußland und Polen.

Von St. Petersburg sind durchaus glaubwürdige Berichte in Paris eingelaufen; der Friede mit Schamyl sei so gut als abgeschlossen und überlasse weitere 150,000 Mann der Russischen Regierung zur Verfügung. Ein Franzose, der Gelegenheit hatte, durch eigenen Anblick sich von der Stärke der in Polen stehenden Armee zu überzeugen, giebt dieselbe auf 100,000 Mann an, sehr gut ausgerüstete Truppen, die nichts sehnlicher wünschen, als in Preußen und Oesterreich einzumarschiren, „um die Ordnung daselbst herzustellen." In den politischen Bewegungen Deutschlands erblicken die Offiziere nichts als das Werk einer wühlerischen Minderzahl, der man mit den Bajonetten den status quo diktiren müsse.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Das ist das Unglück unserer Stadt, daß so viele gesinnungslose Geldmänner und Aristokraten ihre eigenen Interessen unter der Maske des Patriotismus zu verbergen wissen.

Ein Volksfreund.

Projecktirte Grabschrift!

Hier ruht Eichhorn, warum nicht Klee,
Hier ruht Klee, warum nicht Eichhorn?

Berliner Börse.

Den 18. November 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	—	$73\frac{3}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$91\frac{1}{4}$	$91\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	$81\frac{1}{2}$
Grossh. Posener »	4	$95\frac{1}{4}$	—
» »	$3\frac{1}{2}$	—	$77\frac{1}{4}$
Ostpreussische »	$3\frac{1}{2}$	$87\frac{3}{4}$	$87\frac{1}{4}$
Pommersche »	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärk. »	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{3}{4}$
Schlesische »	$3\frac{1}{2}$	—	—
» v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	$84\frac{1}{2}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{2}{3}$	$13\frac{1}{6}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$13\frac{1}{4}$	$12\frac{3}{4}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	$76\frac{3}{4}$
» Prioritäts-	4	—	$82\frac{3}{4}$
Berlin-Hamburger	4	—	$60\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	89
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	$50\frac{1}{2}$
» » Prior. A. B.	4	—	$77\frac{1}{2}$
» » »	5	$87\frac{1}{4}$	$86\frac{3}{4}$
Berlin-Stettiner	4	—	84
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	$74\frac{1}{2}$	—
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	89
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$66\frac{1}{4}$
» Prioritäts-	4	—	$81\frac{1}{2}$
» »	5	—	$93\frac{3}{4}$
» » III. Serie	5	—	88
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{2}$	—
» » B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Rheinische	—	50	—
» Stamm-Prioritäts-	4	—	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$49\frac{1}{2}$	—
Stargard-Posener	4	66	$65\frac{3}{4}$

(Mit einer Beilage.)

Inland.

Bekanntmachung.

Um unrichtigen Gerüchten zu begegnen, machen wir auf den Grund der amtlichen Eröffnungen des Königlichen Ministerii hierdurch bekannt, daß in Berlin die Entwaffnung der Bürgerwehr auch am 18. d. M. ungestörten Fortgang hatte. Bis zum 17. Abends waren 17,000 Feuer-Gewehre abgeliefert.

Die Zusammenziehung der Landwehr in den Marken erfolgt ohne Schwierigkeit. Vier Bataillone waren bis zum 17. d. M. schon mobil. Die Aufregung der Gemüther scheint sich in Berlin und in vielen Theilen der Monarchie von Tage zu Tage mehr zu beruhigen. Die Haltung der Truppen ist die beste.

Posen, den 20. November 1848.

Königliches Regierungs-Präsidium. Kries.

R Posen, den 19. Nov. Heute Mittag empfing der General v. Schäffer den Stab der hiesigen Bürgerwehr und äußerte sich auf das Herzlichste gegen denselben, indem er hervorhob, wie ganz Deutschland jetzt über die Deutschen Verhältnisse in Posen aufgeklärt sei und nun nicht mehr daran gedacht werden könne, 500,000 Deutsche Preis zu geben. Später erschien eine Deputation des Vereins für König und Vaterland, um der Central-Gewalt in der Person ihres Abgeordneten die schuldige Huldigung darzubringen. Der General empfing dieselbe mit der Versicherung, daß es ihn unendlich freue, Gelegenheit zu haben, dem Verein aussprechen zu können, daß man das Streben desselben für die Preußische und Deutsche Sache, denn beides gehe Hand in Hand, in Frankfurt bereits gewürdigt habe, und sei auch er überzeugt, daß ein glückliches, mächtiges und Achtung gebietendes Deutschland nur dann existiren könne, wenn Preußen, die Hauptkraft Deutschlands in einem geordneten vertrauungserweckenden Zustande dastehe. Er fragte die anwesenden Deputirten, ob unter ihnen Vertreter der Stadt sich befänden, und auf die bejahende Antwort äußerte er:

Es würde mich freuen, die Vertreter der Stadt bei mir zu sehen, um ihnen sagen zu können, wie sehr ihre, seit den Märztagen bewiesene, kräftige Deutsche Haltung dazu beigetragen hat, ganz Deutschland und namentlich die Frankfurter Versammlung für das Deutsche Interesse in Posen zu gewinnen.

Als kurz darauf der Stadtverordneten-Vorsteher mit 7 Stadtverordneten eintrat, wiederholte der General das Obenangeführte und fügte hinzu:

Ich hoffe, meine Herren, meine Sendung wird dieser unglücklichen Provinz nunmehr die ersehnte Ruhe geben; sollte dieselbe aber wider Erwarten dennoch von Neuem gestört werden, dann zählen Sie auf die Centralgewalt, die Sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln kräftigst schützen und Ihr Recht vertheidigen wird. Und auch ich, meine Herren, werde dann die Feder bei Seite legen, und mit meinem Schwerdt zu Ihnen stehn.

⊙ Mieszkow, den 18. Nov. Wir wollen versuchen, ob wir Ihnen ein Bild von dem fürchterlichen Zustande, in dem wir uns in einigen Tagen befinden werden, zu geben im Stande sind. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht, die National-Versammlung, die an Stelle des Königs regiert, hat alle Abgaben aufgehoben. — Noch ist uns die März-Katastrophe vor Augen, wo Niemand sagte, man solle keine Abgaben zahlen, und wo doch Keiner Etwas zahlte, und nur durch militairische Zwangsmaßregel gelang es und gelingt es gegenwärtig noch, die Beiträge beizutreiben. — Es liegt im Interesse einer Partei, der Behörde Widerstand zu schaffen, und sie wird redlich den ihr von der National-Versammlung gebotenen Stoff dazu verwenden. Ein ungleich anarchischerer Zustand droht uns als im Frühjahr, und wir glauben kaum, daß die National-Versammlung diesen Schritt vor jedem Vaterlandsfreunde wird verantworten können. Schon hundert von Malen haben wir es hier gehört, daß die zeitigen Beamten kein Recht haben, auch nur die geringste Abgabe zu fordern. — So eben kommt uns die verbürgte Nachricht zu, daß die Schweinehändler bei Robakow sich weigern, die Eingangssteuer zu bezahlen.

△ Berlin, den 17. Nov. So eben verbreitet sich die Nachricht, daß im Ministerium eine Spaltung entstanden sei, und daß das Gesammtministerium morgen abtreten werde. Brandenburg soll zur Nachgiebigkeit gerathen haben, Manteuffel dagegen aber auf strengster Durchführung des angenommenen Systems beharren. Die aus allen Gegenden des Vaterlandes, aus den loyalsten Städten der Monarchie so zahlreich eingelaufenen Adressen mögen auf die nicht ganz Blinden doch gewirkt haben. Dazu die heutigen Nachrichten aus Frankfurt, denen zufolge die dortige Versammlung sich für die hiesige ausgesprochen und durch Stimmenmehrheit beschlossen hat, die Preußische Regierung aufzufordern, unsere National-Versammlung wieder in Berlin zu eröffnen. Zudem soll Herr v. Beckerath eingetroffen sein, der wohl in einer würdigeren Weise die Vermittelung übernehmen wird als der apostatische (?) Bassermann.

CC Berlin, den 17. Nov. Die Nachricht der Frankfurter Beschlüsse vom 14. d. M. hat hier nicht geringe Freude erregt, und man hofft allgemein, daß die in Folge derselben in Aussicht stehende Vermittelung der Centralgewalt begierig von beiden Theilen werde angenommen werden, um endlich einen Ausweg aus diesem unseligen, die ganze Existenz des Landes gefährdenden Conflikte zu finden. — Leider können wir diese Hoffnung in so fern nicht theilen, als — sind wir recht berichtet — die äußerste und die sogenannte gemäßigte Linke, jetzt leider die einzigen Bestandtheile der zurückgebliebenen Versammlung, fest entschlossen sein sollen, die ihnen so unerwartet gebotene Möglichkeit einer Versöhnung zu verschmähen, und zu Maßregeln zu schreiten, gegen welche die vorgestrige der Steuerverweigerung als eine gemäßigte erscheinen dürfte. Noch hoffen wir, daß die bei uns einlaufenden Berichte über die Pläne in gewissen Kreisen übertrieben sind; inzwischen verhehlen wir uns nicht, daß bei der geistigen Ueberreizung der meisten Abgeordneten, bei der künstlich auf den höchsten Gipfel geschraubten Exaltation, welche das ursprüngliche Mandat der Vereinbarung gänzlich in Vergessenheit gerathen läßt, bei dem Bewußtsein, daß wir wirklich an einem geschichtlichen Wendepunkt stehen, und bei dem der menschlichen Eitelkeit so natürlichem Wunsche, durch Herbeiführung großer Ereignisse eine geschichtliche Rolle zu spielen, bei der verführerischen Gelegenheit, einen Convent zu bilden und sich $\frac{1}{226}$ Antheils an der bisher der Krone zugestandenen Souverainetät zu bemächtigen, um so eher die schlimmsten Versuche befürchten lassen, als bei einem großen Theile der zurückgebliebenen Abgeordneten keine materiellen Interessen vorliegen, die durch einen gewaltsamen Umschwung der Dinge verletzt werden könnten, ein anderer Theil aber selbst notorisch bei einer allgemeinen Revolution nicht allein nichts zu verlieren, sondern Alles zu gewinnen hätte. Möge daher das Land nicht zu weit nach einer Seite sich hinreißen lassen, möge es nicht blindlings folgen denjenigen seiner Vertrauensmänner, die jetzt in einem politischen Rausche befangen sind, der sie buchstäblich unzurechnungsfähig macht! Möge es ein kräftiges Veto einlegen, wenn Persönlichkeiten, die seit einigen Tagen in jedem ihrer Schritte und Tritte ein Stück Weltgeschichte zu erblicken glauben, und dies in naiver Selbstüberhebung offen aussprechen, den Staat in Brand stecken möchten, um an der Gluth — ihre eigene Suppe zu kochen! Möge man aber auch von der andern Seite die Augen öffnen; möge man dem Ausspruch der Frankfurter National-Versammlung die Beachtung angedeihen lassen, welche er verdient und nicht fortfahren dem Lande ein Ministerium aufzudrängen, gegen welches die öffentliche Stimme so energisch sich erhebt, ein Ministerium, welches in 8 Tagen der Sache der konstitutionellen Monarchie tiefere Wunden geschlagen hat, als alle Wühlereien der Demokraten in acht Jahren vermocht hätten!

CC Berlin, den 17. November. Die Nachricht der Spenerschen Zeitung, die Auszahlung der noch nicht versilberten Coupons sei durch die Seehandlung bis zur Aufhebung des Belagerungszustandes sistirt, beruht auf einer Verwechslung mit der Staatsschulden-Tilgungskasse, deren Lokale dergestalt mit Truppen besetzt sind, daß allerdings eine Unterbrechung in ihrer Thätigkeit eingetreten ist. Die Seehandlung, obschon mit starker Besatzung versehen, hat in ihrem Geschäftsgange keine Veränderung eintreten lassen und macht im Gegentheile bekannt, daß sie ihre erst am 15. Januar fälligen Prämienscheine gegen ein Diskonto von $3\frac{1}{2}$ % per annum schon jetzt einlöst. — Die National-Versammlung ist an dem fernern Druck ihrer Verhandlungen verhindert worden; mehrere Setzer und Drucker sollen deshalb verhaftet sein. Der Bericht über die letzte Steuerverweigerungs-Sitzung wird deshalb in Frankfurt a./O. gedruckt. — Die verbürgte Nachricht, daß Magdeburg, die Stadt, welche mit am ersten und energischsten die Rechte der National-Versammlung der Krone gegenüber zu wahren sich beeilte, die erste Stadt des Landes ist, welche durch ihre Stadtverordneten Protest gegen die Steuerverweigerung einlegt hat, hier in allen Kreisen die angenehmste Sensation erregt. Magdeburg wird insbesondere in Westphalen und am Niederrhein viele Nachahmer finden; überhaupt wird die Versammlung sehr bald Gelegenheit haben sich zu überzeugen, daß dieser äußerste Schritt gegen die Krone ihr den größten Theil der Sympathieen des Landes rauben wird. — Mit heute beginnt die polizeiliche Aufsuchung und Ausweisung d.r Fremden, welche über den Zweck ihres Hierseins sich nicht auszuweisen vermögen. — Vorgestern versuchte der demokratische Club in einem Lokale der Frankfurter Straße eine Sitzung abzuhalten. Bei der militairischen Auseinandertreibung veranlaßte die Widersetzlichkeit einzelner Mitglieder nicht unbedeutende Verletzungen. So erhielt einer einen lebensgefährlichen Stich ins Auge, einem andern wurden drei Finger abgehauen rc. — Gestern hieß es allgemein, Potsdam und Stettin seien in Belagerungszustande, die Bestätigung aber ist ausgeblieben; gleichergestalt wird es sich wohl mit den Unruhen in Soldin verhalten, die bei Gelegenheit der Landwehraushebung daselst entstanden sein sollen.

— Der General Wrangel, der jetzt in Berlin Herr über Leben und Tod ist und dem auch das Staatsministerium sich unterzuordnen hat, hat uns eine ganz eigenthümliche Art der Censur eingeführt, die Censur nämlich der eigenen Angst und der Sorge für die Selbsterhaltung. Er hat es verschmäht, den Zeitungen eigene Censoren zu bestellen, indem er es viel bequemer fand, die Gewissen einzuschnüren und jeden Redakteur zu seinem eigenen Censor zu machen. Charakteristisch ist in dieser Beziehung ein Gespräch, welches er gestern mit Herrn Oldenberg, dem Redakteur der Deutschen Reform, gehabt, und das ich der Seltsamkeit wegen hier genau aufzeichne. Herr Oldenberg war von einem Husaren auf das Königl. Schloß, in welchem General Wrangel residirt, gerufen worden. Der General empfing ihn sehr humoristisch und gemüthlich an der Seite eines Justizkommissars: „Sie sind also der Herr Redakteur der Deutschen Reform?“ Ja, Herr General! „Nun, mein Herr Redakteur, warum wollen Sie sich denn gar nicht mit uns befreunden, warum treten Sie den Dingen, die doch durchaus sein müssen, so feindlich entgegen?“ Worauf, Herr General, bezieht sich diese Frage? „Darauf, daß Sie gar nicht aufhören, die Adressen mitzutheilen, welche von einzelnen Klubs und Gesellschaften hier bei der aufrührischen Abtheilung der Nationalversammlung einlaufen.“ Das muß ich thun als Redakteur, und ich will es als freier, unabhängiger Mann! Diese Adressen sind Fakta, welche Niemand abläugnen kann. „Welche Ihnen aber theuer zu stehen kommen können, mein Herr Redakteur! Sie sollten sich doch ein Beispiel nehmen an der Reform, der wir heute die Pressen mit Beschlag belegt haben. Es wäre doch schade, wenn es Ihnen auch so ginge! Uebrigens wollen wir Ihnen gar keinen — keinen — (zu dem Justizkommissar:) wie heißt doch solch ein Mensch?“ — Censor! — „Wir wollen Ihnen gar keinen Censor geben, aber Sie sollen sich allein censiren, ganz allein! Denken Sie daran und sein Sie vorsichtig! Und damit Gott befohlen! mein Herr Redakteur!“ (D. A. Z.)

Berlin, den 18. Nov. Der Deutschen Reform ist folgende Erklärung des Abgeordneten Grabow zugegangen: Die Vossische und Spenersche Zeitung vom gestrigen Tage enthalten Referate über den Bericht der an Se. Königl. Hoheit den Prinzen von Preußen unterm 15. November c. entsendeten Deputation der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung, welchen zufolge Se. K. H. der Prinz von Preußen zu derselben unter Anderm geäußert haben soll: 1) „Selbst Grabow, der heute (15. Nov. c.) erst eine Audienz beim Könige gehabt habe, gebe

der Krone recht." (cf. Voss. Ztg.); und 2) „daß ꝛc. Herr **Grabow** selbst, der bei Sr. Majestät dem Könige gewesen, es anerkannt habe, wie nur auf die begonnene Weise der Anarchie in Berlin ein Ende gemacht werden könne" (cf. Spen. Ztg.) Beide mir von den Zeitungsberichten in den Mund gelegte Aeußerungen sind nicht richtig. Dies hat die Eingangs gedachte Deputation nach den heutigen Zeitungen bereits selbst anerkannt, indem sie berichtigend den Redaktionen erklärt hat: „daß Se. K. H. der Prinz von Preußen nur ausgesprochen habe, daß auch ich die Beseitigung der anarchischen Zustände als eine Regierungspflicht erachte." Um jedes Mißverständniß zu beseitigen, fühle ich mich zu der Erklärung verpflichtet, daß ich ungeachtet meines noch nicht beendeten, vierwöchentlichen Urlaubs und meines noch fortdauernden Unwohlseins, am 11. November c. von Prenzlau hier eingetroffen bin, um nach meinen sehr geringen Kräften die zwischen den verantwortlichen Räthen der Krone und der National-Versammlung entstandenen Conflikte, wenn irgend möglich, vermitteln zu helfen. In der am folgenden Tage erbetenen, bis jetzt einzigen Audienz habe ich Sr. Majestät dem Könige unter näherer Entwickelung meiner Gründe unumwunden erklärt, daß ich für die Krone und die National-Versammlung, als zwei gleichberechtigte Paciscenten, überall und namentlich auch in der Frage der Verlegung, Vertagung und Auflösung der Letzteren, nur allein das Vereinbarungsprinzip als richtig und maßgebend anerkennen könnte, und daß dieses Prinzip, welches die National-Versammlung durch Beschluß angenommen habe, die verantwortlichen Räthe der Krone in dem jetzigen Conflikte nicht festgehalten, ja sogar Maßnahmen getroffen hätten, welche die National-Versammlung nicht als blos vertagt, sondern als aufgelöst erscheinen ließen. Erwägte ich außerdem, daß die Motive für die von den verantwortlichen Räthen der Krone einseitig ausgesprochene Vertagung und Verlegung der Nationalversammlung inzwischen durch die Regierung beseitigt sein und bleiben würden, daß man also Einschüchterungen der Nationalversammlung und anarchische Bestrebungen nicht ferner zu befürchten haben dürfte, so schiene mir der folgende Vermittelungsvorschlag zur Lösung des Conflikts geeignet: 1) die Nationalversammlung in Berlin zu belassen und 2) ein Kammer-Ministerium zu bilden, für welches zuvörderst nach vorgängiger Feststellung eines Programms eine kompakte Majorität in der Nationalversammlung zu vereinbaren wäre. Diese letztere Ansicht hatte ich schon seit der vorletzten Ministerkrisis ohne alles eigene Interesse lebhaft verfolgt. Mein Standpunkt, welchen ich zur Zeit noch einnehme und überall vorweg hingestellt habe, ist ein rein vermittelnder, und von ihm aus können auch nur etwanige Aeußerungen meiner Seits aufgefaßt sein. Berlin, den 18. November 1848.

Grabow, Abgeordneter für den Prenzlauer Kreis.

□ **Berlin**, den 18. November. Es wird Zeit sein, in die empörten Wogen Oel zu gießen und von der leidenschaftlich-enthusiastischen Erregtheit zu kühlerer Besonnenheit zurückzukehren. Die preußische Nationalversammlung, berufen über das Grundgesetz des Staats mit der Krone sich zu verständigen, hat nach einer halbjährigen Thätigkeit kaum die ersten Schritte gethan, um die von dem Lande sehnlich gewünschte Lösung ihrer Aufgabe herbeizuführen. Wer nicht absichtlich sich die Augen verdeckte, mußte unbedenklich zugeben, daß sie weit entfernt, die erschütterten Staatsverhältnisse einer neuen Ordnung zuzuführen, wissentlich und vorsätzlich dem entgegengesetzten Ziele zusteuerte, und unter dem Vorgeben demokratisch-constitutioneller Tendenzen, zum Theil sogar mit offer Verleugnung des Constitutionalismus unsern Staat zu republikanisiren versuchte. Sie hat von vornherein sich die ausschließliche Souveränetät vindicirt und unter dem Zujauchzen der Radikalen den ihr einzig zustehenden Boden der Vereinbarung verlassen; ja noch mehr, indem sie aus feiger Verblendung ihre anfänglich kleinste Fraktion mit Hilfe der unruhsüchtigen Pöbelmassen nach und nach zur vollkommenen Herrschaft gelangen ließ, hat sie, begnügt mit dem bloßen Schein einer ohnehin usurpirten Machtvollkommenheit, diese faktisch einem außerhalb der Kammer stehenden Ochlos überantwortet. Mit Schmerz und Unwillen sah der Freund des Vaterlandes diesem unheilvollen Treiben zu und beklagte die Schwäche der Regierung, die sich außer Stande zeigte, dem immer drohender werdenden Verderben Einhalt zu thun. Da endlich ermannt sie sich, spricht ein entschiedenes Wort und zeigt, daß sie ihm Nachdruck zu geben, noch wohl stark genug sei. Statt aber den Moment mit Freuden zu begrüßen, der eine Verbesserung des kläglichen Zustandes in Aussicht stellt, perhorrescirt ihn die Kammermajorität und ein unbestreitbar großer Theil des Volks. Kein Wunder Seitens der Kammer, die seit sechs Monaten terrorisirt, auch in solchen Augenblicken der erlittenen Einschüchterung nachgiebt, wo jene Mordinstrumente ihnen gerade nicht körperlich vor Augen gestellt werden. Daß aber auch im Volke der Regierung Unrecht gegeben wird, könnte Verwunderung erregen; allein hier ist nicht außer Acht zu lassen, daß die lautesten Stimmen ohnehin und unter jeglichen Umständen der Krone alles und jedes Recht absprechen, daß ferner der Eindruck jener abscheulichen Vorgänge, die einer Verlegung der Nationalversammlung das Wort redeten, wieder etwas in den Hintergrund getreten war, daß drittens ein der Reaction verdächtiges und in einzelnen Mitgliedern mit vollem Rechte unpopuläres Ministerium zur Ausführung dieser Maßregel bestellt wurde, daß überdies das heroische und doch, wie wir sagen müssen, wohlfeile Märtyrerthum der umhergehetzten Kammermajorität ihr so manches gefühlvolle Herz gewinnen mußte, endlich aber, und darauf wird der meiste Nachdruck zu legen sein, daß selbst vielen ehrlichen und vorurtheilsfreien Männern, über die Berechtigung der Krone, wider Willen der mit ihr pactirenden Versammlung deren Verlegung und Vertagung durchzusetzen, erhebliche Zweifel erstehen durften. Außer dem letzten Punkte verdient nur die Berufung des Ministeriums Brandenburg einer besondern Erwägung. Ueber die Motive dieser Berufung habe ich Ihnen aber in einem früheren Schreiben eine aus guter Quelle geschöpfte Auskunft gegeben und kann ich nur wiederholen, daß dieses Kabinet ohne Zaudern zurücktreten werde, sobald die Nationalversammlung ihre Sitzungen in Brandenburg eröffnet hat. Was nun das angezweifelte Recht der Verlegung einer constituirenden oder vielmehr die Constitution mit der Krone vereinbarenden Versammlung gegenüber betrifft, so will ich auf eine Wiederholung der Gründe, die für dieses Recht von vielen Seiten geltend gemacht geworden sind, nicht nochmals eingehen und nur zu bedenken geben, ob selbst unter der unsererseits bestrittenen Voraussetzung, daß es der Krone **nicht** zustehe, in diesem Falle, wo die zwar augenblicklich vielfach angegriffene aber mit längst gehegten und wohl begründeten Wünschen und Erwartungen im Einklang stehende Handlung der Regierung einen offenkundigen dem Staate höchst gefährlichen Uebel ein Ende machen will, nicht vor der momentan verderblichen Rechtsregel der heilsamen Ausnahme der Vorrang gebühre. Das scheint mir hätten die gutgesinnten Mitglieder der Kammermajorität beherzigen sollen, statt sich mit jener unseligen Halsstarrigkeit an das fiat justitia et pereat mundus anzuklammern und dann sogar mit ihrem letzten Beschluß einen Feuerbrand in das Land hinauszuschleudern, dessen zerstörende Wirkungen sie selbst schwer zu verantworten haben werden.

CC **Berlin**, den 18. Nov. Gestern Abend ist v. **Beckerath** in Potsdam angekommen, um die Bildung des neuen Ministerii zu übernehmen; man erwartet bereits morgen, spätestens übermorgen das neue Ministerium. Auch der Ritter v. **Schmerling** soll in Potsdom angekommen sein, und die wichtigsten Angelegenheiten einzuleiten haben, da der Erzherzog **Johann** der Verhältnisse seines speziellen Vaterlandes halber von der Reichsverweserschaft zurückzutreten gesonnen sein soll und Deutschland den in Frankreich zu erwartenden Ereignissen gegenüber eine kräftige Vertretung bedarf.

Vom Ministerio des Innern, erzählt man, wird eine Kommission ernannt werden, um die schwierige Lage der hiesigen Hausbesitzer zu prüfen und die Abhilfe vorzubereiten.

Breslau, den 18. Nov. (Schles. Ztg.) **Die Landwehr des 1. und 2. Aufgebots**, die sich als „Allgemeiner Landwehrverein" für Breslau und Schlesien constituirt hat, erklärt in den heutigen Zeitungen, daß sie sich ganz zur Verfügung der hohen National-Versammlung stellt, und ersucht die gleichgesinnten Landwehrmänner ganz Preußens resp. Schlesiens, sich dieser Erklärung öffentlich anzuschließen. Sie erkennt in dem jetzigen Ministerium, was die hohe Versammlung des größten Verbrechens zu beschuldigen, den Beschluß gefaßt, welchem sie auch die Steuern verweigert hat, keine gesetzliche Behörde, und zwar in Folge des §. 3 ihres Statuts, nach welchem sie verpflichtet ist, alle reaktionären Gelüste entschieden zurückzuweisen und weil der Oberpräsident von Schlesien öffentlich erklärt hat, daß er die Beschlüsse der hohen Nationalversammlung vollkommen als bindend betrachte.

Breslau, den 18. Nov. (Schles. Ztg.) Der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Hr. Pinder erließ gestern folgende Bekanntmchung: Ich halte mich verpflichtet, der Provinz kund zu thun, welche Stellung ich in dem gegenwärtigen Konflikt der Staatsregierung mit der Nationalversammlung einnehme. Daher bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß ich dem Königl. Staatsministerium auf die Nachricht von dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 15. Nov. sofort angezeigt habe, daß ich, falls diese Nachricht sich bestätige, nach meinen konstitutionellen Ansichten jenen Beschluß der Nationalversammlung als die nothgedrungene Abwehr, der gegen dieselbe ergriffenen unkonstitutionellen Maßregeln betrachten müsse und daher mich außer Stand befinde, diesem Beschlusse entgegenzutreten, falls meine Einwirkung dazu in Anspruch genommen würde.

Dringend ermahne ich die Einwohner der Provinz, durch strengste Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung zur friedlichen Lösung dieses traurigen Conflikts beizutragen. Von meinem konstitutionellen Standpunkte aus werde ich jedem wider die konstitutionelle Monarchie und die öffentliche Ordnung gerichteten anarchischen oder republikanischen Streben mit allen gesetzlichen Mitteln auf das Entschiedenste entgegentreten.

— Nachdem das königl. Inquisitoriat die Entlassung des Hrn. Dr. Borchardt dreimal entschieden abgelehnt hatte, ist derselbe heute Nachmittag 4 Uhr auf Befehl des Kriminal-Senats des hiesigen königl. Ober-Landes-Gerichts aus der Haft entlassen worden.

Breslau, den 18. Nov. (Schles. Ztg.) Die permanente Commission theilte durch einen öffentlichen Anschlag das Verhalten Pinders zur Nationalversammlung der Einwohnerschaft mit: „Der Oberpräsident von Schlesien stehe zur Nationalversammlung, zum Volke!" Da Pinder den von der Nationalversammlung beschlossenen Maßregeln nicht entgegentreten wolle, so sei eine Behörde nothwendig, welche die dem Ministerium vorzuenthaltenden Steuern einstweilen erhebe und verwalte, und der Antrag auf Errichtung einer solchen Behörde sei von der permanenten Commission bereits gestellt. Der Sicherheitsausschuß, den man vorläufig dazu ersehen, werde zwischen 12 und 1 Uhr seine Beschlußnahme kund thun. Auch ein Antrag auf Vertrauensmänner, welche derselbe aus der Provinz einberufen solle, liege vor.

— In der **Sitzung des permanenten städtischen Ausschusses** ward die gestern durch den Deputirten der Ratiborer Bürgerwehr angeregte Proklamation an die Provinz im Namen des Sicherheitsausschusses verworfen und zugleich beschlossen, diese Verwerfung durch ein Plakat kund zu thun. In gleicher Weise wird der Antrag auf Einsetzung einer provisorischen Regierung abgelehnt. Da die Deputation der politischen Clubs mit diesem Resultate unzufrieden, denselben Antrag einer nochmaligen Berathung unterzogen wünscht, ertheilt ihr der permanente Ausschuß zur Antwort: daß er im Vertrauen auf die Gesinnung des Oberpräsidenten und bei dessen anerkannter Ehrenhaftigkeit sich bewogen fühle, den einmal gefaßten Beschluß aufrecht zu erhalten.

— Der Bürgermeister wird ins Regierungskollegium gerufen und ihm dort angezeigt, im Trebnitzer Kreise sei ein Plakat in Umlauf gesetzt worden, des Inhalts, daß sich alle Gemeinden zu Kreisverbänden konstituiren und die Landräthe befragen sollen: ob sie sich für die Nationalversammlung erklären oder nicht. Im letzteren Falle sollten sie die Landräthe absetzen, verhaften und sie nach Breslau abliefern. Als Unterschrift stehe: die Bürgerwehr und kombinirten polit. Vereine Breslaus. — Dies gab eine heitere Episode unter den ernsten Verhandlungen des Ausschusses; denn man glaubte jeden Augenblick gefangene Landräthe eingebracht zu sehen. Der Magistrat wird als die rechtmäßige Behörde der Bürgerwehr jenes Plakat als nicht von ihr ausgehend, öffentlich desavouiren.

Stettin, den 16. November. Unser Magistrat und Stadtverordneten

haben gestern in einer außerordentlichen Sitzung auf Antrag des Herrn Oberbürgermeister Wartenberg eine neue Adresse nach harten Kämpfen (im Magistrat mit 8 gegen 4, bei den Stadtverordneten mit 27 gegen 23 Stimmen beschlossen. In derselben heißt es: „nachdem der Magistrat und die Stadtverordneten in Erfahrung gebracht haben, daß die Nationalversammlung in ihren Beschlüssen gegen die Regierung aggressiv fortschreitet, indem sie sogar der Regierung die Erhebung der bereits bis Ende dieses Jahres gesetzlich bewilligten Steuern vereiteln will; erklären der Magistrat und die Stadtverordneten der Stadt Stettin, daß sie eben so wenig, wie sie die Uebergriffe der Regierung gut geheißen haben, Uebergriffe der Nationalversammlung gut heißen werden, daß sie Beschlüsse, wie den ebengenannten, entschieden zu den Uebergriffen zählen, weil bereits gesetzlich bewilligte Steuern nicht einseitig aufgehoben werden können. Wir wollen unter allen Umständen an der konstitutionellen Monarchie festhalten und fordern die hohe National-Versammlung hiermit auf, wie sie allen absolutistischen Bestrebungen würdig entgegen getreten ist, so auch allen republikanischen Tendenzen mit Kraft zu begegnen.

Halle, den 16. Nov. Unser Courier eröffnet sein Blatt mit einer Proklamation des hiesigen Sicherheitsausschusses. In demselben befinden sich u. A. Wislicenus und Weißgerber. — Am 15. hatten wir hier einen unruhigen Auftritt. Es war nämlich bekannt geworden, daß der Prof. Leo nach Potsdam berufen sei und dorthin abreisen wolle. Das an dem Bahnhof zufällig verweisende Lanzencorps wollte ihn verhaften, etwa 200 Studenten, mit Schlägern bewaffnet, wollten ihn schützen. Schon war es zu Reibungen und zu einer Fensterkanonade gekommen und es wurde die bewaffnete Macht alarmirt, als die Commissare des Sicherheitsausschusses erschienen, die Lanziers nach Hause sandten und die Studenten entwaffneten. Den Prof. Leo zu verhaften, hielten sie sich nicht veranlaßt, weil kein Beweis eines Verbrechens vorlag.

Münster, den 13. November. In einer am 11. d. Abends in der Knappschen Reitbahn abgehaltenen, ungewöhnlich zahlreich besuchten Volks-Versammlung sind eine Zustimmungs-Adresse an die Berliner National-Versammlung und ein Aufruf an das Volk Westfalens einstimmig angenommen worden.

Meiningen, den 10. Nov. Das hiesige Volksblatt enthält eine Eingabe an die Reichsversammlung, worin dagegen protestirt wird, daß die kleinen Staaten und namentlich auch das Herzogthum Meiningen seine Selbstständigkeit und seinen edlen und freisinnigen Fürsten verlieren und entweder zu einem Gesammtstaat oder mit einem größern Einzelstaat vereinigt, oder zu einem unmittelbaren Reichsgebiet geschlagen werde.

Schwerin, ven 11. Nov. Ein in unserer Abgeordnetenkammer heute gefaßter Beschluß geht dahin: 1) die Provisoren der Klöster Dobbertin, Malchow und Ribnitz anzuweisen, daß keine Jungfrauen mehr in die Klöster einzuschreiben seien; 2) die Verschuldung und Veräußerung der Klostergüter zu untersagen und 3) der Regierung bis auf weiteres die Oberaufsicht über die Administration der Klöster zu übertragen. (H. C.)

Wien den 14. Nov. Zwei der Mörder des Grafen Latour sind entdeckt und eingezogen. — Flüchtlinge aus Preßburg vom 12. melden, daß sich Kossuth von dort entfernt, und vermuthlich nach Comorn begeben hatte. Seine Familie hat er einstweilen über Hamburg, vermuthlich nach England, in Sicherheit gebracht. In Preßburg dürfte die Kaiserl. Armee bei ihrem Vorrücken, trotz der angekündigten Vertheidigung, wenig Widerstand finden. Bei Wieselburg und Raab, der Kornkammer für Oesterreich, hat Kossuth alle Getreidevorräthe willkürlich abschätzen, den Eigenthümern gegen Erlegung von Kossuthschem Papiergeld wegnehmen, und nach Comorn transportiren lassen. Er hofft dadurch die Theurung der Lebensbedürfnisse in Wien zu steigern und fortgesetztes Elend über Oesterreich noch mehr zu verbreiten! (Spen. Ztg.)

Wien, den 17. Nov. (Schles. Ztg.) Jellachich, den man schon abgereist glaubte, weilt noch immer hier und hat seinen Wohnsitz auf der Landstraße im Palais des Erzherzog Maximilian d'Este aufgeschlagen. Ein Tagsbefehl des Fürsten Windischgrätz warnt vor den Emissairen, welche noch immer versuchen, die Truppen von ihrer Treue abwendig zu machen, und sagt eine Belohnung von 25 Gulden vom Feldwebel abwärts dem Ermittler eines solchen zu.

— Nach der A. Z. hätte Robert Blum sein Leben durch eine Lüge retten können, aber er gestand, daß er als Hauptmann einer Abtheilung des Elitenkorps noch am 31. Okt. in der ihm anvertrauten Charge fungirt habe. Dieses Geständniß und seine öffentlichen aufrührerischen Reden waren die Hauptmomente seiner Verurtheilung. Er starb, nach der Aussage des Offiziers, der bei der Hinrichtung kommandirte, mit jener unerschütterlichen Ruhe, die ihn charakterisirte.

— Blut, neues Blut! Drei standrechtlich Verurtheilte, zwei Soldaten und ein ungarischer Schuhmacher, wie ich höre, der Theilnahme an der Ermordung Latours bezüchtigt, wurden gestern gegen Abend zusammen im Stadtgraben hart am Gefängnisse füsilirt. Musketiere schossen, aber so unsicher in der schon vorgerückten Dunkelheit, daß der Ungar erst durch wiederholte Salven von bittern Todesqualen erlöst wurde. Zwei Stunden später erschien der Banus Jellachich mit einem glänzenden Stabe im Kärnthner-Thor-Theater und nahm die jubelnden Acclamationen des Publikums entgegen, welches darauf die Volkshymne begehrte und mit Orovist, Adalgisa, Norma und Sever, mit Galliern und Römern volltönend absang.

— Während der Belagerung Wiens zeichneten sich namentlich auch die Weiber aus. Zwei Compagnien Amazonen mit rothen Mützen und der Büchse im Arm durchstreiften die Stadt, angeführt von Madame Perin, geb. Freiin von Pergnalati, aus einer alten Wiener Familie. Dieselbe war Präsidentin des demokratischen Frauenvereins. — Schmutzige Weiber, mit Stöcken bewaffnet, trieben aus den Häusern jene Männer, welche nicht mitkämpfen wollten. — Als das Bombardement ernstlicher wurde, gab die Flucht der Tausende von Weibern, Greisen und Kindern ein halb komisches, halb jammervolles Bild. Ein Zuschauer vom Stephansthurme erzählt in der „Allg. Ztg." Jeder habe mitgenommen, was ihm das Theuerste war. Unter anderen Fliehenden wackelte über die Ferdinandsbrücke, über welche auch der türkische Gesandte mit drei vollgepfropften Wagen fuhr, eine alte Dame mit einer Katze in den Armen und neben ihr der Gemahl mit einem Papagei.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 13. Nov. Die Stadt Paris hat dieses Jahr ein Deficit von 17,701,000 Fr.; für das nächste Jahr fürchtet man ein Deficit von 10 Mill.

— Am Sonnabend zog eine Bande unter dem Geschrei: „Nieder mit Cavaignac! Nieder mit der Republik! Es lebe Napoleon III.!" in der Umgegend der Tuilerieen umher, zerstreute sich aber schnell, als die in der nächsten Kaserne liegenden Truppen ausrückten, welche zur Vorsorge noch längere Zeit unter den Waffen blieben.

Großbritannien und Irland.

London, den 15. Nov. Der Präsident des Freistaates Liberia, Roberts, hat auf einem Dampfschiffe der Regierung die Rückreise nach Afrika angetreten.

Schweiz.

Bern, den 13. Nov. (Basl. Ztg.) In Folge Begehrens der eidgenössischen Repräsentanten hat der Vorort am 12. d. beschlossen, die im Kanton Tessin stehende Brigade um 2000 Mann zu vermehren. Der Marschbefehl wird sofort ertheilt. Desgleichen wird auch Herr National-Rath A. Escher, zweiter Repräsentant in Tessin, sofort wieder von Bern aus auf seinen Posten abgehen.

Italien.

Toskana. Privatberichte melden, sagt die „Basler Zeitung", es habe am 6. November eine neue und so ernstliche Ruhestörung in Livorno stattgefunden, daß der englische und französische Consul die Stadt verlassen hätten.

Aus Oberitalien, 6. Nov. Die piemontesische Regierung hat soeben eine neue Aushebung von 14,000 Mann angeordnet, und gleichzeitig ist ein Tagesbefehl des Herzogs von Savoyen erschienen, welcher sehr kriegerisch lautet und von dem bevorstehenden Wiederbeginn des Kampfes spricht. Trotz all dem wird Karl Albert nur im äußersten Fall die Waffen wieder ergreifen.

Die Stadt Genua ist aus Anlaß der letzten Unruhen in Belagerungsstand erklärt, es zeigt sich jetzt, daß die dortige Ruhestörung hauptsächlich von den lombardischen Flüchtlingen ausgegangen ist, die es auf Raub und Plünderung abgesehen hatten. Das Ministerium hat deßhalb der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die mittellosen Flüchlinge, sowie jene von zweifelhaftem Charakter an eigens bestimmte Orte gebracht und dort beaufsichtigt werden sollen.

Die Florentiner Zeitung vom 2. Nov. enthält in ihrem amtlichen Theile folgenden Ministerial-Erlaß: In Betrachtung, daß derjenige, der den auswärtigen Feind Italiens repräsentirt, nicht auch zugleich einen italienischen Staat vertreten kann, werden alle toskanischen Konsuln und Vice-Konsuln, welche zugleich Oesterreich und Toskana vertreten, ihres Amtes als unsere Repräsentanten enthoben, und haben unaufgehalten ihr Patent an die Großherzogliche Regierung zurückzusenden.

Ostindien.

Das ganze Pendschab, nebst den angrenzenden Ländern Multan, Hazareh, Kashmir, Nurpur und Peschawer, hat sich gegen die britische Herrschaft erhoben. In Folge des Abfalls einer Heeresmacht von 5000 Mann unter Schiri Singh, welche von Multan nach Mulradsch übergingen, mußte General Wisch mit den britischen Truppen die Belagerung dieser Stadt so lange aufheben, bis genügende Verstärkung angekommen war. Der in Bombay erscheinende „Courier" enthält viele Einzelnheiten über die, an vielen Orten zugleich ausgebrochene, Empörung und den Heldenmuth, mit welchem sich die Britten gegen die Rebellen vertheidigten; besonders soll sich der Major Edward's in einem Kampfe, bei welchem er von den Seinigen 100 Europäer und 180 Sipoys, der Feind dagegen 500 Mann verloren hat, hervorgethan haben. Der Maha-Radscha des gebirgigen Theils des Penschab, Gulab Singh, hat sich offen für den Aufstand erklärt. Die Verschwörung soll sich über ganz Lahore erstrecken, so daß die engl. Besatzung dieser letztern Stadt den Königl. Palast besetzen und militairische Maßregeln zur Unterdrückung des Aufstandes ergreifen mußte.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

* Nachruf. *

Der Eingang der Trauerbotschaft von dem am 13. d. M. im Kantonirungs-Quartier Schwersenz erfolgten Tode des Königl. Obrist und Kommandeurs des 2. (Leib-) Husaren-Regiments, Ritters hoher Orden, Herrn Grafen v. Lüttichau, konnte bei uns, die wir den Verblichenen während seines mehrjährigen Garnisonirens in unserer Stadt kennen zu lernen Gelegenheit hatten, nur den tiefsten Eindruck machen. —

Wir folgen blos unserem Gefühle, wenn wir seinen vielfach gegebenen thatsächlichen Beweisen von Rechtlichkeit, Humanität und Wohlthätigkeitssinn mit trauerndem Herzen hiermit öffentliche Anerkennung zollen.

Sein Andenken bleibt treu aufbewahrt.

Herrnstadt, den 17. November 1848.

Magistrat und Stadtverordnete.

Diejenigen Juristen in Posen, welche ohne Angabe von Gründen sich über die Befugniß der Krone zur Verlegung der Nationalversammlung in absprechender Weise geäußert haben, vermeinen wahrscheinlich durch Namen und Stand imponiren zu können. Zur Beurtheilung einer so einfachen Frage ist eine juristische Ausbildung durchaus nicht erforderlich, und die Provinz wird sich nicht von einigen jüngeren Mitgliedern einer Kaste leiten lassen. Darin aber stimme ich bei, daß jeder Patriot gegenwärtig offen seine politische Ansicht bekennen muß. Ich erkläre mich daher mit der motivirten Ansicht des Regierungsrath Klee und der Bürger Scheller und Genossen einverstanden und halte die Befugniß der Krone zur Verlegung und Vertagung der National-Versammlung für unzweifelhaft. Bleiben die Deutschen eingedenk, welche Partei ihre Gegner, welche schon so oft unter der schweren Anklage des Undanks und des Verraths am Vaterlande gestanden, ergriffen haben, so wird ihre Wahl nicht schwanken. Schroda, den 18. November 1848.

v. Schmidt, Landrath.

Wer arbeitet, soll auch Lohn empfangen — das ist ganz vernünftig! Wir aber müssen geben dem, der nicht arbeitet. Es kann nicht bestritten werden, daß unsere Vorfahren im vormaligen polnischen Lande Aufnahme gefunden haben; aber die schon so häufig gerühmte freie Religionsübung mußten die Evangelischen theuer bezahlen. Die katholische Geistlichkeit wußte für sich zu sorgen, und es wurden unseren Voreltern Messalien aufgebürdet, welche wir noch als ein trauriges Erbtheil besitzen. Die Klugheit der Kinder dieser Welt wußte aber auch hier der größten Ungerechtigkeit den Schein des Rechts zu geben. Für die Liebesgaben, welche an die katholischen Geistlichen gespendet werden mußten, sollten diese (so heißt es in unseren Privilegien), die Taufen, Trauungen, Begräbnisse ꝛc. bei den Evangelischen besorgen.

Schon seit vielen Jahren können wir, Gott sei es gedankt, von dieser Güte keinen Gebrauch mehr machen, und es wäre wohl an der Zeit, daß auch die geistlichen Herren in christlicher Liebe und Barmherzigkeit auf einen Lohn freiwillig verzichteten, den sie durch nichts verdienen. Sie haben ja ohnehin schon genug — was bedürfen sie noch mehr des irdischen Mammons!

Wir haben in gegenwärtiger Zeit, wo alles Unrecht aufgehoben und gesühnt werden soll, gegen diese ungerechte Abgabe an die katholische Geistlichkeit protestirt. Das Unrecht kann nicht verjähren, es bleibt immer Unrecht. Wer ein Recht genießen will, muß auch Pflichten erfüllen. Die katholische Geistlichkeit ist der Verpflichtungen gegen uns entbunden, folglich kann sie auch keine Rechte an uns mehr beanspruchen.

Wir bitten unsere Glaubensbrüder nah und fern, die an ähnlichen Schmerzen leiden, mit uns zu arbeiten, und nicht eher zu ruhen, bis wir aus der Knechtschaft erlöset sind, und in Wahrheit nachsprechen können: wir haben freie Religionsübung.

Pudewitz, den 16. November 1848

Die Deputirten der evangelischen Kirgengemeinde zu Pudewitz.

Wir bedauern recht herzlich die 29 sein wollenden rechtskundigen Männer in Posen, welche sich mit ihrem eben so unzeitigen, als unreifen Urtheile so blos gestellt haben. Wir haben nicht studirt, sind bei keinem Königlichen Gerichte angestellt, beziehen auch kein Gehalt aus Königlichen Kassen, — aber wir sind auch Rechtskundige. Bei uns gilt das vernünftige Recht, und nach diesem hat unser König ganz recht und gesetzlich gehandelt, daß er eine Versammlung vertagte, welche aufgehört hatte, eine freie Nationalversammlung zu sein, und die sich zuletzt auf ganz unfreiem und ungesetzlichem Boden bewegte.

Pudewitz, den 18. November 1848.

Viele unstudirte Rechtskundige.

Hohes Staats-Ministerium!

Se. Majestät der König haben nach dem Manifeste vom 11. d. Mts. die preußische National-Versammlung von Berlin nach Brandenburg verlegt und dieselbe auf Veranlassung dieser Uebersiedelung bis zum 27. dieses Mts. vertagt. Der von einer Seite an den Tag gelegte Terrorismus, unter welchem die Versammlung bisher so unfrei berathen; das pflichtwidrige Verhalten der Berliner Bürgerwehr bei dem letzten empörenden Attentate vom 31. Okt., rechtfertigen diese Maaßregel auf's Vollständigste; sie erfüllt den längst gehegten Wunsch aller derjenigen Staatsbürger, welche es mit dem Vaterlande aufrichtig meinen, eine vernünftige Freiheit lieben, und es wissen, das Se. Majestät Ihren Verheißungen volle Rechnung zu tragen entschlossen sind. Indem wir, die unterschriebenen Urwähler der Stadt Schrimm und der Umgegend, Ein Hohes Staatsministerium daher bitten, das organisirte, zum Theil bewußtlose Geschrei der revolutionären Partei, ja nicht für die Stimme des Landes zu halten, und durchaus nicht weichen zu wollen von der betretenen Bahn des Gesetzes — erklären wir hierdurch ernstlichst und ausdrücklich:

1) Daß wir die Krone für berechtigt halten, die Nationalversammlung unter den eingetretenen Verhältnissen nach Brandenburg zu verlegen, und zu diesem Behufe zu vertagen,

2) daß wir gegen das ungesetzliche Verhalten des in Berlin zurückgebliebenen Theiles jener Versammlung hiermit protestiren, und die Beschlüsse derselben für ungültig halten,

3) daß wir uns um unsern König schaaren und hoffen, daß Se. Majestät bei den ergriffenen Maaßregeln beharren, und dadurch die National-Versammlung recht bald in den Stand setzen werden, die ersehnte Verfassung endlich mit der Krone zu vereinbaren, und hierdurch gesetzliche Ordnung und Wohlstand dem Vaterlande wieder zu geben,

4) daß wir das Verfahren unsers Abgeordneten Brodowski, welcher sich den ungesetzlichen Schritten des abtrünnigen Theils der Nationalversammlung angeschlossen hat, mit höchster Entrüstung mißbilligen und erwarten, daß er auf dem betretenen Wege nicht fortgehe.

Stadt Schrimm und Umgegend in der Provinz Posen am 18. Nov. 1848.

Die Urwähler.

In der Magdeburger Zeitung haben einige Vertreter der Meinung,
daß der König in der Vertagung und Verlegung der National-Versammlung völlig in seinem Recht gewesen,
unter andern einen Gewährsmann von echt demokratischen Principien, nämlich Rotteck für sich angeführt, welcher in seiner Geschichte der französischen Revolution sich dahin ausspricht, daß Ludwig XVI. einen großen Theil des Unglücks, welches über ihn und Frankreich gekommen, dadurch verschuldet habe, daß er die constituirende Versammlung nicht rechtzeitig vertagt oder aufgelöst habe, wozu er nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt.

Ein Zeugniß aus dieser Quelle für das Recht des Königthums, für welches schon das Rechtsgefühl eines jeden Unparteiischen spricht, hat auch ohne nähere Begründung gewiß mehr Gewicht, als jenes unberufene Rechtsgutachten ohne Gründe von 29 Posener Juristen, von denen keiner bisher als Autorität von europäischem Ruf unter den Rechtslehrern bekannt gewesen, deren Firma aber doch geeignet war, das unkundige Volk zu verwirren. Wirklich ist auch gleich an demselben Tage, wo jenes Rechtsgutachten in der Posener Zeitung erschien, der Fall vorgekommen, daß ein alter Bürger und Krieger und treuer Anhänger des Königthums sehr bedenklich den Kopf über die Lage des Staats geschüttelt, weil, wie er meinte, „ja nun auch schon „„das Ober-Appellationsgericht"" sich gegen den König erklärt habe."

Neunundzwanzig Rechtsgelehrte, alt und jung, fangen an irre zu reden! Laut Protest, Posen, 15. d. M., posaunen sie einen Orakelspruch in die Welt hinaus, welcher Schrecken erregen sollte, — aber leider! Welcher Geist muß sich über sie ergossen haben? muthmaßlich ein Wein-Geist.

Kein Rechtsverdreher, entschuldigen die hochgelehrten Herren, wollte sagen Rechtsversteher, aber so viel verstehe: bevor man inconstitutionell sein kann, muß doch erst eine Constitution da sein, daran ist der würdige College Waldeck und Consorten schuld, — also bis dato ist halter noch Alles beim Alten.

Provinz Posen. C. C.

Thermometer- und Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 12. bis 18. Nov.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
12. Novbr.	— 2,0°	+ 2,2°	28 Z. 1,0 L.	NO.
13. "	— 2,0°	+ 2,2°	27 " 11,0 "	W.
14. "	2,0°	+ 1,5°	27 " 1,7 "	W.
15. "	— 0,0°	+ 1,8°	27 " 9,0 "	NW.
16. "	— 0,0°	+ 3,5°	27 " 11,0 "	W.
17. "	— 2,2°	— 0,7°	27 " 9,2 "	W.
18. "	+ 2,0°	+ 4,8°	27 " 3,7 "	SW.